

SOZIAL STATT HASS

DEINEWAHL



BUNDESTAG NAZIFREI

Keine Stimme für AfD & andere Rassist:innen

BOCHUMER BÜNDNIS

für Arbeit und soziale Gerechtigkeit

Wählen - Ja! Aber keine Stimme für die AfD!

Machen Sie sich Sorgen über die Entwicklung unserer Gesellschaft? Sind Sie bereits von sozialen Einschnitten, Mietensteigerungen, dem Verlust des Arbeitsplatzes oder wachsender Ungleichheit betroffen oder fürchten Sie sich davor? Spüren Sie Angst vor Altersarmut, vor Wirtschaftskrisen, vor schlechter Bildung und Ausbildung für Kinder und Jugendliche und vor Gewalt und Terror? Fühlen Sie sich machtlos und wollen Ihrem Protest und Unmut Luft machen?

Dann sind Sie genau im Visier der AfD. Mit ihrem nationalistischen, rassistischen Weltbild, mit falschen Versprechungen einer heilen

deutschen Nation und mit scheinbar einfachen Lösungen für komplexe Fragen will die AfD Stimmen einfangen. Die AfD lügt Ihnen vor, dass man die Probleme einfach „abschieben“ kann, denn verantwortlich für die Probleme sind für die AfD die Geflüchteten, Migrant*innen, Ausländer*innen. Vielschichtige Sachverhalte werden auf einfache Freund-Feind-Bilder gebracht und damit Hass und soziale Spaltung verstärkt. Eine Stimme für die AfD ist eine Stimme für Rückschritt in Wertevorstellungen der 40er und 50er Jahre, ist eine Stimme für Rassismus, Hetze und soziale Spaltung und eine Bedrohung unserer Demokratie.

AfD-Steuer geschenke: Gut für die Reichen – schlecht für alle, die wenig haben.

Seit ca. 20 Jahren gibt es Steuererleichterungen für Wohlhabende, Vermögende und Gutverdienende. Daran will auch die AfD nichts ändern, im Gegenteil. Was die Staatsfinanzen betrifft, gilt bei ihr noch härter als anderswo die klassische neoliberale Regel: Steuern runter und sparen, sparen, sparen. Und sparen heißt kürzen.

Um nur zwei Beispiele zu nennen: Die Vermögenssteuer, bisher ausgesetzt, will die AfD abschaffen. Und die Erbschaftssteuer soll nicht etwa so gestaltet werden, dass Unternehmer*innen angemessen zahlen, ohne dass Unternehmen zugrunde gehen – nein, bei der AfD wird sie abgeschafft. Wollen Sie wirklich, dass wohlhabende Bürgersöhne und -töchter

(vor allem im Westen Deutschlands) künftig auch noch den Reichtum erben wie in einer Dynastie, ohne der Allgemeinheit von diesem leistungslosen Einkommen irgendetwas abzugeben? Wo würde eine AfD-Regierung das Geld wieder einsparen, das der Staat durch diese Steuerpolitik für die Wohlhabenden verliert? Natürlich nicht bei den Reichsten. Nirgendwo im AfD-Programm steht auch nur ein Wort von einer Umverteilung des Reichtums durch ein gerechteres Steuersystem.

AfD - Flüchtlinge als Sündenböcke für Mangel an bezahlbarem Wohnraum.

Die AfD verknüpft konkrete Erfahrungen von persönlicher Demütigung z.B. Wohnungssuchender nach bezahlbarem Wohnraum mit ihren rechten Kernbotschaften. Am Mangel an bezahlbarem Wohnraum sind dann nicht etwa Politik und die Wohnungskonzerne oder Immobilienspekulanten schuld, sondern die Flüchtlinge.

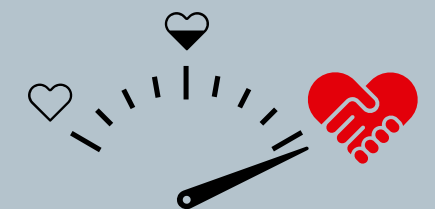
Der Rassismus und Menschenfeindlichkeit der AfD sind im letzten Jahr durch die Äußerungen ihres ehemaligen Pressesprechers der Bundestagsfraktion, Christian Lüth, nicht zu überbieten. Auch wenn die AfD ihn daraufhin entlassen hat, zeigten sie doch den Markenkern der AfD. Der Tagesspiegel aus Berlin schrieb: „AfD-Sprecher wollte Flüchtlinge ins Land lassen, um sie zu vergasen“. Auf die Frage, ob es in seinem Interesse wäre, dass noch mehr Migrant*innen kommen, sagte Lüth: „Ja. Weil dann geht es der AfD besser. Wir können die nachher immer noch alle erschießen. Das ist überhaupt kein Thema. Oder vergasen, oder wie du willst. Mir egal!“ Dies war keine einmalige „Entgleisung“. Frauke Petry, damalige Vorsitzende der AfD, forderte 2016 Flüchtlinge notfalls mit Waffengewalt zu stoppen.

Das Recht auf Asyl ist ein Menschenrecht. Niemand bestreitet, dass die Zuwandererzahlen Deutschland vor große Aufgaben stellt. Aber die Flüchtlinge als Sündenböcke für alle möglichen Probleme zu missbrauchen und Ängste vor Flüchtlingswellen mit falschen Fakten zu schüren, das ist rassistisch.

Mit der Deregulierung im Miet- und Baurecht will die AfD die Bau- und Immobilienwirtschaft von Sozialverpflichtungen befreien. Initiativen, die mehr Rechte für Mieter*innen fordern, werden abgelehnt. Kommunale Eingriffsrechte wie das Vorkaufsrecht möchte die AfD schleifen - statt auszubauen. Obwohl die Anzahl der Sozialwohnungen auf einem historischen Tiefstand ist, wollte die AfD gleich in ihren ersten Haushaltsberatungen des Bundestages die Gelder für den Sozialen Wohnungsbau kürzen.

AfD-Rassistische Asylpolitik: Grenzen dicht, Zäune hoch, notfalls erschießen.

Und die AfD ignoriert die deutsche und europäische Mitverantwortung für Fluchtursachen durch Waffenhandel oder Subventionen für Agrarexporte in Entwicklungsländer.



SOZIAL STATT HASS
DEINE WAHL

AfD Sozialkonzept: Ein Konzept der sozialen Kälte und Ausgrenzung, völkisch, nationalistisch, rassistisch

Die AfD meint: Alles Fremde ist eine Bedrohung. Nur jene Menschen sind Teil des Staatsvolkes, die per Abstammung dazu gehören, deren Vorfahren Deutsche sind. Migrant*innen, die einen deutschen Pass besitzen, hier arbeiten und Steuern zahlen oder noch keinen Pass besitzen, auf soziale Hilfen angewiesen sind, gehören nicht dazu. Das ist völkisches Gedankengut aus der Zeit des Hitlerfaschismus.

Die AfD gibt vor, die Partei der einfachen Leute zu sein. Sie ist nicht mehr gegen einen Mindestlohn, spricht sogar vom Sozialstaat. Dieser soll sich aber nur auf eine Solidargemeinschaft „innerhalb unseres Volkes beschränken“ (Leitantrag zur Sozialpolitik vom Nov. 2020). Das heißt, keine gleichbe-

rechtigte soziale Teilhabe aller. So werden dann Menschen aufgrund ihrer Staatsangehörigkeit z.B. vom Recht auf Zahlung von Rente ausgeschlossen. Dazu versucht die AfD noch einen Keil zwischen die ärmsten Schichten zu treiben. Sie bezeichnet Menschen mit Problemen, ihre Miete zu zahlen, als »Schädlinge« (Jens Maier am 2. Juli 2020 im Bundestag). Die sozialen Nöte der Arbeitslosen und Armen sind ihr egal. Im Kern will sie mehr Sanktionen, mehr Schikane, weniger Geld für Hartz-IV-Betroffene. Wer nicht arbeitet oder arbeiten kann, soll weniger Geld erhalten.

Die AfD ist nicht nur in Teilen rechtsextrem und rassistisch: Die Partei steht insgesamt nicht auf dem Boden des Grundgesetzes und elementarer demokratischer Grundsätze. Zu diesem Schluss kommt eine Analyse des Deutschen Instituts für Menschenrechte, die am 7. Juni 2021 veröffentlicht worden ist. „In der AfD sind rassistische, national-völkische Positionen Bestandteil ihrer Programmatik, ihrer Strategie sowie von Positionierungen durch Führungspersonen und Mandatsträger*innen, bis hin zu offen ausgesprochenen Drohungen, in denen sie der Gewalt zur Erreichung ihrer politischen Ziele das Wort reden“ heißt es darin. Ihre Positionen sind „mit den Garantien aus Artikel 1 Absatz 1 GG und Artikel 3 Absatz 3 GG unvereinbar.“ Artikel 1 des Grundgesetzes betont die unverletzliche Menschenwürde. Artikel 3 garantiert die Gleichheit aller Menschen.

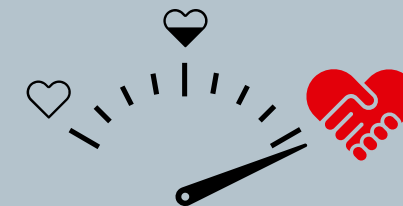
„Die AfD steht insgesamt
nicht auf dem Boden des Grundgesetzes“
(Tagesspiegel 7.6.2021)



Auch wenn Sie den regierenden und etablierten Parteien nur eins auswischen wollen, machen Sie sich nichts vor: Dazu ist die Wahl der AfD das falsche Mittel! Was die etablierte Politik im Kern falsch macht, wird auch die AfD nicht ändern. Sie treibt vielmehr die etablierten Parteien in eine Richtung, die zu noch mehr sozialer Spaltung und zu noch mehr Enttäuschung führen wird. Sie lockt

mit dem Trugbild einer homogenen, von den Konflikten dieser Welt unberührten Gesellschaft hinter dem Schutzwall nationaler Grenzen, die sich nie und nimmer verwirklichen lassen wird. Sie lügt Ihnen etwas vor von einer kleinen deutschen Welt, aus der man Konflikte buchstäblich »abschieben« kann.

**Halten sie den Bundestag nazifrei!
Keine Stimme für AfD
und anderen Rassist:innen!**



SOZIAL STATT HASS
DEINE WAHL

BUNDESTAG NAZIFREI
KEINE STIMME FÜR AfD & andere Rassist:innen

BOCHUMER: BÜNDNIS

für Arbeit und soziale Gerechtigkeit



BUNDESTAG NAZIFREI

Keine Stimme für AfD & andere Rassist:innen

AWO Kreisverband Bochum

Bahnhof Langendreer

DGB Bochum

DGB Region Ruhr-Mark

GEW Bochum

IFAK e.V. – Verein für multikulturelle Kinder- u. Jugendhilfe –
Migrationsarbeit

IG Metall Ruhrgebiet Mitte

Institut für Kirche und Gesellschaft der EKvW

Kinder- und Jugendring Bochum e. V.

Mieterverein Bochum, Hattingen und Umgegend e. V.

ver.di Bezirk Mittleres Ruhrgebiet

www.bochumer-buendnis.de

V.i.S.d.P. Stefan Marx
DGB Region Ruhr-Mark
Alleestr. 80, 44793 Bochum